

kaufs beruht weniger auf Preisvorteilen als vielmehr auf anderen Vergünstigungen, wie der regelmäßigen Belieferung mit Betriebsmitteln, Dienstleistungen und Krediten. Da rd. zwei Drittel des Gesamtabsatzes der bäuerlichen Landwirtschaft über diese Aufkaufsform abgewickelt werden, besteht die Gefahr eines wieder zunehmenden administrativen Dirigismus (S. 67–73).

Spürbarer als der Einfluß der Preisentwicklung auf die Produktion waren ihre Einkommenswirkungen (V. Abschnitt). Während der Zeit des „beschleunigten sozialistischen Aufbaus“ (1949–1956) diente die zwischen bäuerlichem und sozialistischem Sektor bestehende Einkommensdisparität als Mittel zur Forcierung der Abwanderung aus der Landwirtschaft im Interesse eines beschleunigten Strukturwandels (Industrialisierung); aber auch in den sechziger und siebziger Jahren blieb die durchschnittliche Wachstumsrate des bäuerlichen Realeinkommens (1,5 bzw. 3,9 v. H.) hinter dem Lohnniveau im sozialistischen Sektor (1,8 bzw. 4,6 v. H.) zurück. Im gleichen Zeitraum verminderte sich die Beschäftigtenzahl um 1,1 bzw. 2,3 v. H. Dabei hatte die zwischen den Betriebsgrößenklassen bestehende Einkommensdifferenzierung einen bemerkenswerten Wandel der Betriebsgrößenstruktur zur Folge: Während die Zahl der mittleren Betriebe (2–5 ha) zurückging, nahm der Anteil der Kleinst- u. Nebenerwerbsbetriebe (0,5–2 ha) ebenso wie derjenige der größeren Betriebe (über 10 ha) zu!

Jahr	Betriebe (in 1000)	Anteil an der Gesamtzahl (in v. H.)		
		0,5–2 ha	2–10 ha	über 10 ha
1960	3216	24,9	63,1	12,0
1970	3224	26,9	60,5	12,6
1980	2897	30,0	54,9	15,1

Die Versorgungskrise Anfang der achtziger Jahre und der Druck der 1981 gegründeten Bauerngewerkschaft veranlaßten die Regierung, ihre Einkommenspolitik zu ändern; doch die Möglichkeiten, einkommenspolitische Ziele mittels der Agrarpreispolitik zu verwirklichen, erwiesen sich als begrenzt. Daß auch das polnische Sozialsystem ebenso wenig dazu in der Lage war, beweist eine Feststellung aus dem Jahre 1982, wonach der Lebensstandard von nahezu 40 v. H. der Mitglieder bäuerlicher Familien nicht einmal den Index des sozialen Existenzminimums erreicht haben soll (S. 86)!

Abschließend gelangt der Vf. zu der Erkenntnis, daß nur eine grundlegende Umgestaltung der Wirtschaftsordnung die sich ständig verschärfenden Probleme (Versorgungskrise, Inflation, Staatsverschuldung) zu lösen vermag, andernfalls wäre die Rückkehr zum zentralistischen Wirtschaftssystem zu befürchten (S. 118).

Die Arbeit bringt eine erstaunlich große Zahl statistischer Tabellen (51). Trotz gewisser Zweifel hinsichtlich ihrer Zuverlässigkeit und Repräsentanz (die Daten buchführender Betriebe betreffen nur 1800 Betriebe!) vermitteln sie jedoch interessante Einblicke in nur wenig bekannte Besonderheiten der Entwicklung der polnischen Landwirtschaft.

Freising

Hans-Heinrich Herlemann

**J(an) Křen, V(áclav) Kural, D(etlef) Brandes: Integration oder Ausgrenzung.** Deutsche und Tschechen 1890–1945. Mit einem Vorwort von Dieter Beyrau. (Forschungen zu Osteuropa.) Donat & Temmen Verlag, Bremen 1986. 156 S., 7 Abb., 1 Kte.

Der Fachbereich Geschichte der Universität Bremen veranstaltete im Mai 1984 eine Tagung über „Nationalismus und nationale Frage in Ostmitteleuropa“. Die drei Refera-

te, in denen Einzelheiten aus der Geschichte der böhmischen Länder erörtert wurden, bilden, zweifellos erheblich erweitert und mit einem umfangreichen Anmerkungsapparat versehen, diesen Sammelband.

Die *communis opinio*, jede Nationalbewegung sei an ihrem Beginn fortschrittlich-emanzipatorisch, werde aber später aggressiv und expansionistisch, will Jan Krén für die der Tschechen nicht gelten lassen (Nationale Selbstbehauptung im Vielvölkerstaat: Politische Konzeptionen des tschechischen Nationalismus 1890–1938, S. 15–65). In dieser Absicht konzentriert er sich auf die toleranten und moderaten Züge im tschechischen Nationalprogramm, das seit der Mitte des 19. Jhs. entwickelt und praktiziert wurde: Man habe nicht die Errichtung eines souveränen Nationalstaates angestrebt, sondern lediglich administrative Autonomie sowie die angemessene Beteiligung der Tschechen an der österreichischen Regierung verlangt („Positivisten“, „Realisten“: „Die Selbständigkeit erhält und erlöst kein Volk“ [T. G. Masaryk, S. 20]; „Lieber im großen Wien der zweite als im kleinen Prag der erste“ [J. Kaizl, S. 23]). Erst nach der Erfahrung, daß die – nach wie vor deutsch bestimmte – Staatsführung zu solchen Zugeständnissen nur in einem von den Betroffenen nicht für hinreichend gehaltenen Maß bereit war, seien auch in diesen vom Vf. gemeinten Kreisen radikalere Tendenzen stärker geworden. Und ein ähnliches, um Ausgleich und Zusammenarbeit bemühtes Verhalten hätten dann in der Ersten Republik auch die sudetendeutschen „Aktivisten“ an den Tag gelegt.

Zwar erkennt Krén in dieser in der Tat bei Angehörigen beider Völker zu beobachtenden nationalen „Selbstbeschränkung“ (S. 55) zu Recht ein, wenn auch keineswegs dominierendes, Charakteristikum dieser ostmitteleuropäischen Region. Er verzichtet aber auf jede Erklärung dafür, daß die Staatsgründung von 1918/19, vor allem gegenüber den Sudetendeutschen, aber auch im Verhältnis zu Madjaren, Polen und Ukrainern, ja wohl auch gegenüber den Slowaken, eben doch die Manifestation eines aggressiven und expansionistischen Nationalismus war, so daß seine These widerlegt ist. Wehalb damals in der Westhälfte der ČSR das ethnische zugunsten des historischen Prinzips unberücksichtigt blieb, wird mit einer einzigen, nicht näher erläuterten und überdies unzutreffenden Behauptung gerechtfertigt: die „nationale Abgrenzung ... mußte in den böhmischen Ländern zu grotesken territorialen Gebilden führen“ (S. 35).

Das Thema der anderen beiden Beiträge ist die Vorgeschichte der Vertreibung. Nach Václav Kural (Deutsche Besatzung und tschechische Reaktion 1938–1945, S. 66–104) sind für die unbarmherzige Radikalität, mit der unmittelbar nach Kriegsende so gut wie alle Sudetendeutschen vertrieben wurden, die Widerstandsorganisationen in der Heimat verantwortlich zu machen. Sie hätten von Anfang an jede Teillösung, mit der man sich in der Exilregierung zunächst habe begnügen wollen, entschieden abgelehnt und stets und immer diese gewaltsame und totale „Ausgrenzung“ des nationalen Feindes verlangt. In diesem Zusammenhang besonders interessant ist die Beobachtung, daß ursprünglich, seit den späten zwanziger Jahren, es die Weltanschauung des Nationalsozialismus war, die in weiten Kreisen der politisch aktiven tschechischen Öffentlichkeit zurückgewiesen wurde. Doch nach der von der deutschen Hegemonialpolitik bewirkten Zerstörung des tschechoslowakischen Staates seien nicht länger mehr die Anhänger dieser Ideologie allein die Gegner gewesen, sondern die Deutschen schlechthin. Rauschnings „Gespräche mit Hitler“, auf die sich der Vf. zur Charakterisierung der nationalsozialistischen Absichten gegenüber den Tschechen stützt, sollten aber doch wohl kritischer gelesen werden.

Auch für Detlef Brandes (Das Problem der deutschen Minderheiten in der Politik der Alliierten 1940–1945, S. 105–156) ist nicht mehr der Exilpräsident Beneš der alles oder gar allein entscheidende Initiator der Vertreibung. Anders aber als im vorhergehenden Aufsatz werden hier nicht die im Protektorat konzipierten Nachkriegsprogram-

me für ausschlaggebend gehalten, so wichtig sie für die Durchführung im einzelnen auch gewesen seien, sondern die machtpolitischen Absichten der Großen in der Antihitlerkoalition, namentlich die der britischen Staatsführung. Hier habe man die – Völker- wie Kriegsrecht bewußt mißachtende – bedeutende Verkleinerung des deutschen Siedlungsgebiets, mit der sich die jetzt noch von den Deutschen beherrschten ostmitteleuropäischen Völker an diesen rächen wollten, zum Zweck einer endlich möglichen dauerhaften Beschränkung des Potentials der deutschen Nation instrumentalisieren wollen und deshalb vor allem die polnischen und tschechischen Vertreibungsprojekte von Anfang an zu beeinflussen gesucht. Hier erscheinen besonders bemerkenswert das Eingeständnis von Außenminister Eden, die Atlantikcharta, die solche Zwangswanderungen zu verbieten schien, sei nichts als Propaganda (August 1941, S. 111), und der britische Einspruch gegen Benešs Vorhaben, in erster Linie „schuldige“ Sudetendeutsche auszuweisen: im Foreign Office befürchtete man, dadurch würde die Zahl der zu Vertreibenden zu klein bleiben (Herbst 1942, S. 113 u. 139).

Alle drei, unsere Kenntnisse bestätigenden, aber auch – das gilt namentlich von Brandes' Aufsatz – durch die Auswertung von erst jetzt zugänglich gewordenem Material erweiternden Beiträge sind Auszüge aus umfassenderen, damals noch nicht veröffentlichten Studien<sup>1</sup>. Das macht die Lektüre interessant, aber auch schwierig, weil nicht alle hier erwähnten Zusammenhänge mit der nötigen Deutlichkeit erläutert wurden. – Die Einleitung (S. 7–14) enthält viel Unsinn und bleibt besser ungelesen.

Köln

Peter Burian

1) Inzwischen ist erschienen: D. Brandes: Großbritannien und seine osteuropäischen Alliierten 1939–1943. Die Regierungen Polens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens im Londoner Exil vom Kriegsausbruch bis zur Konferenz von Teheran, München 1988.

**Die Deutschen im Russischen Reich und im Sowjetstaat.** Hrsg. von Andreas Kappeler, Boris Meissner und Gerhard Simon. (Nationalitäten- und Regionalprobleme in Osteuropa, Bd. 1.) Markus Verlag. Köln 1987. 191 S.

In diesem Sammelband sind die Vorträge abgedruckt, die auf einer Fachtagung im Mai 1985 in Schlagenbad/Taunus gehalten und diskutiert wurden. Es geht dabei um das Schicksal der Deutschen im Russischen Reich und in der Sowjetunion, das bis auf den heutigen Tag schwer genug gewesen ist. Wie im Vorwort gesagt wird, sind die Deutschbalten, die Deutschen in Litauen und den übrigen Westgebieten des Zarenreiches (z. B. Bessarabien) nicht berücksichtigt worden.

Eine kurze Anzeige kann sich daher auf die wichtigsten Informationen beschränken. Die eigentümlichen Schicksale der Deutschen werden in zehn Beiträgen nachgezeichnet, wobei von verschiedenen Aspekten – regional oder historisch – ausgegangen wird. Es zeigt sich dabei, daß die Minderheitenproblematik seit dem Beginn der Perestrojka eher noch zugenommen hat. Von besonderem Interesse für den Leser erscheint die Tatsache, daß die Verfasser der einzelnen Aufsätze durchaus unterschiedliche Termini für die von ihnen behandelte Personengruppe benutzen; „Rußlanddeutsche“ stehen neben „Deuschrussen“ oder „russische Deutsche“; ähnlich liest man auch „Sowjetdeutsche“ oder „Sowjetuniondeutsche“. Das mag darauf hinweisen, daß die Erforschung der deutschen Minderheiten in der Sowjetunion eher noch am Anfang steht; die terminologischen Unsicherheiten verdeutlichen das in aller Eindringlichkeit. Schon aus diesem Grund ist dieser Sammelband mit seinen Perspektiven, die er für eine künftige Forschung bietet, sehr zu begrüßen.

Berlin

Klaus Meyer